



:: SIPAZ Bericht Vol. XVII N° 2 – Mai 2012

- > **Aktuelles** Mexiko - Beginn der Wahlkampagnen im Kontext von „nationalem Notstand“
- > **Schwerpunkt** Nachhaltige Land-Städte - „Verletzte Rechte, urbanisierte KleinbäuerInnen“
- > **Artikel** Jubiläum des INESIN - 15 Jahre des Vertrauens auf den Dialog und gemeinsame Arbeit für den Aufbau einer Welt, in der die Unterschiede respektiert werden
- > ☐ **Aktivitäten von SIPAZ** - Von Mitte Februar bis Mitte Mai 2012

Archiv runterladen (ZIP) |



Werkzeuge

Als e-mail schicken

Drucken

:: AKTUELLES

MEXIKO - BEGINN DER WAHLKAMPAGNEN IM KONTEXT VON „NATIONALEM NOTSTAND“

Am 30. März begannen formell die Kampagnen zur Präsidentschaftswahl, die für den 1. Juli vorgesehen ist. Enrique Peña Nieto, Ex-Gouverneur des Bundesstaates Mexiko und Kandidat der Koalition „Verbindlich für Mexiko“, bestehend aus der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI) und der Grünen Ökologischen Partei Mexikos (PVEM), liegt bisher in den Umfragen an der Spitze, auch wenn der Unterschied zwischen den drei ersten Kandidaten immer kleiner geworden ist. Um den zweiten Platz ringen Josefina Vázquez Mota, ehemals zuständig für das Ministerium für soziale Entwicklung und das Ministerium für öffentliche Bildung für die zur Zeit regierende Partei der Nationalen Aktion (PAN); und der Ex-Präsidentschaftskandidat Andrés Manuel López Obrador, Kandidat der „Progressiven Bewegung“, bestehend aus den linken Parteien der Demokratischen Revolution, (PRD), der Partei der Arbeit (PT) und der Bürgerbewegung. Beide haben einen Teil ihrer Kampagne als Gegenposition zu Peña Nieto aufgebaut und versuchen damit, die Rückkehr der PRI an die Macht zu verhindern (nachdem diese Mexiko etwas mehr als 70 Jahre lang regiert hatte, hat sie die Präsidentschaft im Jahre 2000 an die PAN verloren hatte). Der letzte Kandidat ist Gabriel Quadri de la Torre, der Partei Neue Allianz (PANAL). Ihre Gewinnchancen sind fast bei Null und so geht es vor allem darum, dass die ihn aufstellende Partei ihre Zulassung bei den Wahlen nicht verliert.



Foto: „Calderón, hör zu: Blut ist nicht verhandelbar“. Protest 2011 © zapateando.wordpress.com

Die derzeitigen Präsidentschaftswahlen finden in einem Kontext statt, den mehrere soziale Akteure als „nationalen Notstand“ charakterisiert haben. Im März lancierten rund 70 Organisationen aus 26 Bundesstaaten und mehr als 100 Persönlichkeiten einen „Aufruf zur Rettung der Nation“, in welchem sie die Gesellschaft aufriefen, gemeinsam die Forderung nach Frieden in diesen Wahlkampfzeiten zu vertreten. Sie beklagten, dass „die Institutionen des Staates in einen tiefen Prozess des Verfalls und der Zerstörung versunken sind aufgrund der Korruption und weil das organisierte Verbrechen auf allen Regierungsebenen eingedrungen ist.“ Außerdem erklärten sie: „Wir stehen vor der großen Gefahr, dass sich die PräsidentschaftsanwärterInnen die Weiterführung und Verpflichtung gegenüber der Strategie, die eine

menschliche Tragödie provoziert, zu eigen machen“. Die Bewegung für Frieden mit Gerechtigkeit und Würde (MPJD), die im vorigen Jahr durch den Schriftsteller und Journalisten Javier Sicilia ins Leben gerufen wurde, betonte erneut, dass diese Gewalt, die sowohl durch das organisierte Verbrechen als auch durch die Strategie der Regierung gegen diese Banden hervorgerufen wurde, nicht eingedämmt wurde. Im Gegenteil, sie nimmt zu und die Straflosigkeit bleibt in den meisten Fällen bestehen. Es wird geschätzt, dass seit Beginn dieses Kampfes mindestens 50 000 Menschen mehr in knapp über fünf Jahren ihr Leben verloren.

Fortschritte in Regierung und Gesetzgebung: *besser spät als nie*

Während des Monats April wurden eine Reihe von für den Bereich der Menschenrechte sehr bedeutenden Abkommen und Gesetzen verabschiedet, einige davon als Antwort auf sehr dringende sozialen Forderungen der letzten Jahre. Im April schlug Präsident Felipe Calderón Veränderungen zur legitimen Anwendung von Gewalt, zur Festnahme von Personen sowie zur Beweisführung und Aufbewahrung von Beweisen vor. Nach Aussage des Präsidenten waren diese Reformen eine Antwort auf die Vorschläge von nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen. Ungeachtet des Inhalt dieser Kritik erklärte er, dass die Sicherheitskräfte *„nun eine viel klarere rechtliche Grundlage haben, um ihre Aufgaben auszuführen als bisher: strikt am Gesetz orientiert und die Rechte der Personen respektierend.“*



Im selben Monat verabschiedeten Kommissionen des Senats Gesetzesvorlagen, um die Frauenmorde als Schwerverbrechen einzustufen. So muss mit Haftstrafen von 40 bis 60 Jahren und einer Geldstrafe von 500 bis 1000 Mindestlöhnen rechnen, wer eine Frau aufgrund ihres Geschlechts umbringt. Der Senat verabschiedete auch das Allgemeine Gesetz der Opfer. Dieses, wenn es vom Abgeordnetenhaus ratifiziert wird, verpflichtet den Staat, den Opfern von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen Hilfe, Schutz und Wiedergutmachung zu garantieren. Letztendlich gab

das Abgeordnetenhaus seine Zustimmung zum Protokoll des Senats, mit dem das Gesetz zum Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen und Journalisten verabschiedet wird.

Foto: Wahlwerbung für Enrique Peña Nieto © SIPAZ

Gesetzesänderungen in einem Kontext anhaltender Kritik an Mexiko

Diese Reformen seitens der Regierung und des Kongresses kamen in einem Kontext zustande, in dem Mexiko weiterhin wegen seiner Menschenrechtssituation im Land kritisiert wird. So erschien z.B. am 6. März der Zweite Bericht über die Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen der Amerikas, veröffentlicht von der Interamerikanischen Menschenrechtskommission (IAKMR). Im Fall von Mexiko informierte die IAKMR, dass im Land zwischen 2006 und 2010 61 AktivistInnen ermordet worden waren und dass viele der Drohungen und Angriffe von den Sicherheitskräften des mexikanischen Staates selbst ausgingen.

Im März stellte die Organisation 'Artikel 19 für Mexiko und Mittelamerika' ihren Bericht *„Erzwungene Stille: Der Staat als Komplize der Gewalt gegen die Presse in Mexiko“* vor, in dem sie 172 Angriffe gegen Journalisten im Jahre 2011 dokumentiert. Der Bericht erklärt, dass die meisten Angriffe von staatlichen FunktionärInnen selbst kommen, und widerlegt damit *„die Behauptung des Präsidenten Felipe Calderón, die Gewalt gegen Journalisten dem Drogenhandel zuzuschreiben“*. Anstatt abzunehmen hat diese Tendenz in den ersten Monaten des Jahres 2012 zugenommen. Sechs Journalisten wurden in weniger als einem Monat von April bis zur dritten Maiwoche ermordet.

Foto: Wahlwerbung für Josefina Vázquez Mota © SIPAZ



Im Mai war der Presse zu entnehmen, die USA könnten 15% der Finanzierung der Mérida-Initiative zurückhalten, die an den Respekt der Menschenrechte in Mexiko geknüpft sind. Am 10. Mai sagte die Staatssekretärin für zivile Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte des US-Außenministeriums, dass Mexiko wichtige Fortschritte erreicht habe, besonders in Bezug auf die Gesetzgebung, *„aber noch viel Arbeit bevorsteht, diese Gesetze umzusetzen“* und betonte, *„dass die Straflosigkeit als eines der wichtigsten Hindernisse im mexikanischen Justizsystem fortbesteht, dessen Fähigkeit Gerechtigkeit durchzusetzen immer noch sehr begrenzt ist“*.

Chiapas: Zunahme sozialer Mobilisierungen im Kontext der Wahlen bei zahlreichen Umstellungen

In Chiapas finden am 1. Juli die Wahlen auf Bundes-, Bundesstaats- und Landkreisebene statt. Dazu gehören eine Vielzahl von öffentlichen Ämtern, die scheinbar Brüche und Umorientierung bei den KandidatInnen hervorriefen. Auffällig war, dass seitens mehrerer Parteien und nicht nur der eigenen die direkte Einmischung des Gouverneurs Juan Sabines Guerrero in diese Aufstellungen stark kritisiert wurde. Bei den Wechseln, die zur Verwirrung beitragen, kann man die Kandidatin der PRD, der PT und der Bürgerbewegung, María Elena Orantes, für das Gouverneursamt erwähnen, die erst im Januar aus der PRI ausgetreten war. Ein anderes Beispiel wäre Yassir Vázquez, der das Amt des Bürgermeisters in Tuxtla Gutiérrez niederlegte, um für das Amt des Gouverneurs der PRD zu kandidieren: Zunächst war er Favorit von Sabines (der zur Zeit für die PRD regiert). Schließlich wurde er von der Partei der Grünen (PVEM) in Chiapas zum Generalsekretär ernannt.



Im Moment liegt der ehemalige Senator Manuel Velasco Coello, Enkel des Ex-Gouverneurs von Chiapas, Manuel Velasco Suárez (1970-1976), in den Umfragen an der Spitze. Er kandidiert für eine Koalition aus PRI, PVEM und PANAL. Außer ihm und der erwähnten María Elena Orantes bewerben sich Emmanuel Nivón González, ehemaliger Bürgermeister von Tapachula für die PAN und Marcela Bonilla Grajales für die lokale Partei Stolz auf Chiapas (Poch) um das Gouverneursamt. In diesem Kontext gaben mehrere soziale Organisationen ihre Forderungen bekannt, organisierten Foren, Demonstrationen, Mahnwachen oder öffentliche Anklagen. So begann im März die Landesweite Front des Kampfes für den Sozialismus

(FNLS) ein zeitlich unbegrenztes Protestcamp in San Cristóbal de Las Casas. Ab dem 14. April befand sich für fast drei Wochen eine weitere Mahnwache einer Gruppe von Organisationen, u.a. der Bauernorganisation Emiliano Zapata-Región Carranza (OCEZ-RC), der proletarischen Organisation Emiliano Zapata (OPEZ-MLN) und der Zentrale der Bauern- und Volksorganisationen (COCYP) in San Cristóbal, bis sie die Wiederaufnahme von Verhandlungen mit der Regierung von Chiapas erreichten. Ihre Forderungen beinhalten Agrarforderungen und die Freiheit von politischen Gefangenen. Der Faktor „Gefangene“ als Austausch in den Verhandlungen wurde deutlich im Fall der Verhaftung von Caralampio Gómez Hernández, Anführer der OPEZ-MLN, der im April nach dem Verlassen von Verhandlungen mit dem Innenminister Noé Castañón verhaftet wurde. Sein Sohn erklärte, dass Castañón ihnen gesagt hätte, er könne freigelassen werden, wenn im Tausch das Protestcamp beendet würde, das sie in diesem Moment in Tuxtla Gutiérrez hatten, und das sie dann nach San Cristóbal verlegten. .

Foto: Schon Monate vor den Wahlen begann die PVEM, die Mauern grün anzustreichen © SIPAZ

Unter den ungemütlichen Gefangenen befinden sich auch Francisco Sántiz López und der Lehrer Alberto Patishtán. Am 16. März klagte der Rat der Guten Regierung (JBG) von Oventic die ungerechte Inhaftierung von Francisco Sántiz López, Unterstützungsbasis der Zapatistas, sowie Lorenzo López Girón, der keiner Organisation oder Partei angehört, an. Beide stammen aus Tenejapa und werden wegen eines im vergangenen Dezember stattgefundenen Verbrechens angeklagt. Am 27. März informierte der Rat der Guten Regierung, dass sie am 22. März die Nachricht erhalten hätten, die Gefangenen würden aus dem Gefängnis von San Cristóbal entlassen werden. Dennoch kam Sántiz López nicht frei, denn es wurde ihm in diesem Moment ein neues Verbrechen, das unter Bundesstrafrecht fällt, vorgeworfen: „*Tragen von Schusswaffen, die ausschließlich dem Militär vorbehalten sind*“.

Der Fall von Alberto Patishtán Gómez, Mitglied von „*Die Stimme von El Amate*“, einer Organisation von Gefangenen, die der Anderen Kampagne angehören, und welcher im Oktober vorigen Jahres auf Bitten der Regierung von Chiapas nach Guasave (Sinaloa) verlegt wurde, war Grund für viele Mobilisierungen. Im März versammelten sich über tausend Personen in El Bosque, von wo er stammt, um seine Rückkehr nach Chiapas und seine Freilassung zu fordern. Im Mai fand auch das „Forum gegen politische Haft und für die Freiheit von Alberto Patishtán“ statt. Einen Tag später begann die „Weltweite Woche für die Freiheit von Patishtán y Sántiz López: Die Mauern des Kerkers niederreißen“.



Foto: Pressekonferenz zum Fall Patishtán, 14. Mai 2012 © SIPAZ

Ein anderes Thema mit zunehmender medialer Wirkung waren die Frauenmorde. Das Permanente Völkertribunal (PVT), Kapitel Chiapas, begann schließlich am 7. und 8. März in San Cristóbal seine erste Audienz im Rahmen der Themen Gendergewalt und Frauenmord. Am 14. Mai demonstrierten 1200 Personen in San Cristóbal und über hundert in Tuxtla Gutiérrez in einem gleichzeitigen Protest gegen Frauenmorde und Gewalt an Frauen in Chiapas. Der Marsch in San Cristóbal führte an dem Ort entlang, der als Fraccionamiento Sonora bekannt ist, an dem im April die Leiche von Itzel Janet Méndez Pérez, mit Spuren von Folter und Vergewaltigung, gefunden wurde. Sie war gerade mal 17 Jahre alt. .

Was Straflosigkeit angeht, hatte im Februar die Organisation Las Abejas die Freilassung von sechs Personen anprangert, die als Täter des Massakers von Acteal identifiziert wurden. Von den 87 Verurteilten wegen des Massakers verbleiben nur noch 28 Personen in Haft. Im April alarmierten die Abejas zusätzlich, dass „die Söhne der entlassenen Paramilitärs (...) gesehen wurden (...) als sie in aller Ruhe durch den Ort Acteal spazierten; mit Waffen ihrer Väter (...) weil sie sahen, dass Morden und Massakrieren des unschuldigen Volkes Arbeit der Regierung ist und gleichzeitig gut bezahlt und dass man einen Preis bekommt als Anerkennung des Dienst am Staat“.



Foto: Demonstration gegen Frauenmorde und in Gedenken an Itzel in San Cristóbal © SIPAZ

Oaxaca: Wachsende Distanz zwischen Zivilgesellschaft und Regierung bei zeitgleicher Zunahme von Drohungen und Angriffen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen

Die letzten Monate waren in Oaxaca durch eine bedeutende Zunahme von Drohungen und Angriffen gegen MenschenrechtsverteidigerInnen gekennzeichnet, obwohl für die Mehrheit Schutzmaßnahmen angeordnet waren. Am 15. März wurde Bernardo Vázquez Sánchez, Sprecher der Koordination der Vereinigten Dörfer des Tals von Ocotlán (COPUVO), ermordet, nachdem er an einem Treffen mit Funktionären der staatlichen Regierung zur Analyse des Konfliktes, der im Landkreis San José del Progreso seit 2008 wegen der Präsenz des Bergwerks Cuzcatlán (Tochterunternehmen der kanadischen Firma Fortuna Silver Inc.) existiert, teilgenommen hatte. Zwei weitere Mitglieder derselben Organisation wurden verletzt.

Zwei Monate nach dem ersten Einbruch, bei dem Computer und Dateien mit Fällen von Menschenrechtsverletzungen entwendet wurden, beklagte die Organisation 'Konsortium für parlamentarischen Dialog und Gleichheit Oaxaca' einen weiteren Einbruch in ihre Büros. Im April wurde bekannt, dass Todesdrohungen von einem Mobiltelefon gegen verschiedene VerteidigerInnen, wie Alba Cruz vom Komitee zur integralen Menschenrechtsverteidigung Gobixha (Código DH), und Francisco Wilfrido Mayrén Peláez („Padre Uvi“), Gründer des Regionalen Menschenrechtszentrums „Bartolomé Carrasco Briseño“ AC. und aktueller Koordinator der Kommission für Gerechtigkeit und Frieden des Bistums von Oaxaca, verschickt wurden waren. Mitte Mai, nach sechs Todesdrohungen seit 2010, die in den letzten Monaten zunahm, erklärte der Priester Alejandro Solalinde Guerra, Direktor der MigrantInnenherberge „Brüder unterwegs“ in Itepec, dass er für einige Monate das Land verlassen wird. Solalinde wies darauf hin, dass die Angriffe sowohl vom organisierten Verbrechen als auch von der Regierung kommen könnten: „Es gibt da zwischen beiden keinen Unterschied mehr“. Er machte den Ex-Gouverneur von Oaxaca, Ulises Ruiz, verantwortlich für mögliche Angriffe, die ihn oder Mitglieder seines Teams treffen könnten.



Am 22. Februar wurde Lucila Bettina Cruz Velázquez verhaftet, ein Vorfall, der als Kriminalisierung sozialer Proteste charakterisiert wurde. Sie ist Mitglied der Versammlung der indigenen Völker des Isthmus von Tehuantepec zur Verteidigung des Landes und des Territoriums (APIITDTT). Cruz Velázquez wurde auf Kautions freigelassen. Einen Monat später wurden auch fünf Mitglieder des Komitees des Widerstands gegen das Windräderprojekt von Unión Hidalgo, Mitglieder der APIITDTT, verhaftet.

Foto: Protest des COPUVO © SIPAZ

Man kann nicht behaupten, dass es seit dem Regierungswechsel im Dezember 2010 keine Fortschritte gegeben hätte. Der Gouverneur Gabino Cué betonte, dass „Oaxaca von einem Regierungswechsel zu einem demokratischen Wandel übergegangen ist, nach einer Reform, bei der 33 Artikel der lokalen Verfassung verändert wurden“. Im März gab es einen weiteren Fortschritt mit der Abschaffung der Ingewahrsamnahme. Trotzdem erklärten Organisationen der Zivilgesellschaft: „Auch wenn es wahr ist, dass die Bevölkerung von Oaxaca mit der Wahl dieser Regierung erreicht hat, dass eine kriminelle Mafia die Regierung verlassen hat, ist es leider auch wahr, dass die neue Regierung des Bundesstaates nicht die notwendige Stärke hat, um eine grundlegende Veränderung in der

Gesellschaft zu erreichen”.

Eine Gelegenheit zur Festigung der Demokratie und Annäherung zwischen Zivilgesellschaft und Regierung, die ungenutzt blieb, war die Wahl des Ombudsmanns für Menschenrechte in Oaxaca. Am 9. Mai wählte der Kongress von Oaxacas Arturo Peimbert Calvo auf den Posten des Vorsitzenden der Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte des Volkes von Oaxaca (DDHPO). Verschiedene Organisationen der Zivilgesellschaft hatte sich an dem Prozess aktiv beteiligt. MitarbeiterInnen unterschiedlicher Organisationen protestierten und verwiesen auf die Einmischung der Regierung in diese Wahlen und darauf, dass Peimbert Calvo Funktionär der Regierung sei, ein Grund, weshalb er den Posten des Ombudsmannes eigentlich nicht besetzen dürfte.

Guerrero: Straflosigkeit, Verfolgung und Militarisierung des Bundesstaates gehen weiter

Am 6. März baten Bundesinnenminister Alejandro Poiré und die Generalstaatsanwältin der Republik Marisela Morales in einem öffentlichen Akt um um Entschuldigung bei Inés Fernández Ortega, einer Tlapaneca-Indígena, die 2002 von Militärs vergewaltigt worden war. Dieser Akt fand in der Kreisstadt Ayutla de los Libres im Rahmen der Umsetzung eines Urteils gegen den mexikanischen Staat statt, welches im November 2010 durch den Interamerikanischen Gerichtshof für Menschenrechte (IAGMR) ausgesprochen wurde. Inés Fernández beklagte, dass trotz des Urteils nicht nur die Belästigungen durch das Militär in Zivil gegen sie anhalten, sondern auch die Situation von Gewalt und Diskriminierung gegen die indigenen Völker. Sie stellte fest: *„Auch wenn die Regierung Dir sagt, sie sei an deiner Seite, wird sie das nicht unbedingt einhalten, verlass Dich nicht auf sie“.*



Foto: Maximinio verlässt das Gefängnis von Ayutla de Los Libres © Tlachinollan

Unter Beteiligung verschiedener Menschenrechtsorganisationen und GemeindevertreterInnen wurde am 20. Februar in Ayutla de los Libres der dritte Jahrestag des gewaltsamen Verschwindenlassens und der außergerichtlichen Hinrichtung von Raúl Lucas Lucía und Manuel Ponce Rosas, Anführer der Organisation für die Zukunft des Mixteco-Volkes (OFPM), begangen. Ein neuer Fall ergab sich mit der willkürlichen Verhaftung von Maximinio García Catarino, Anführer der OFPM und Nutznießer von Schutzmaßnahmen des IAGMR. Nach zweimonatiger Haft erreichte er am 20. März seine Freiheit mit einem absoluten Freispruch. Das Menschenrechtszentrum Tlachinollan erklärte, dass seine Verhaftung ein Beweis sei für die *„systematische Verfolgung von MenschenrechtsverteidigerInnen“* und die Anwendung des Justizsystems, um sie zum Schweigen zu bringen. Wenige Minuten nachdem er das Gefängnis von Ayutla verlassen hatte, erhielt Maximino García eine telefonische Drohung.

Auch das Thema der Militarisierung bleibt in Guerrero aktuell. Mitte Mai kritisierten das Menschenrechtszentrum Tlachinollan, das Institut für Sicherheit und Demokratie, das Zentrum für Analyse und Forschung „Fundar“ und die Organisation Zivile Beobachtung der Polizei *„[die] kürzliche Ankündigung des Gouverneurs von Guerrero, Ángel Aguirre Rivero, dass er demnächst beginnen würde Polizisten, die das Rentenalter erreichten oder ihre Prüfungen nicht bestanden hatten, durch Soldaten zu ersetzen, (...) denn die Institutionen und die öffentlich Sicherheit zu militarisieren, widerspricht den internationalen Standards im Bereich öffentlicher Sicherheit“.*



:: SCHWERPUNKT

NACHHALTIGE LAND-STÄDTE - „VERLETZTE RECHTE, URBANISIERTE KLEINBÄUERINNEN“

Im Mai dieses Jahres veröffentlichten die Mitgliedsorganisationen des Netzwerk für den Frieden in Chiapas und das Colectivo de Análisis e Investigación Kolektiva (CAIK, Kollektiv für gemeinsame Analyse und Forschung) einen Bericht, der das Ergebnis einer Zivilen Beobachtungsmission (ZBM) über das Programm „*Ciudades Rurales Sustensables*“ (CRS, dt. Nachhaltige Land-Städte) ist, die im vergangenen Oktober durchgeführt wurde. Der vorliegende Artikel verwendet Teile dieses Berichts. Nach Auffassung der Regierung hat das Programm das zentrale Ziel, „[d]ie verstreute Bevölkerung, die in kleinen, marginalisierten Gemeinden lebt, in einem Siedlungszentrum zu konzentrieren, ohne sie aus ihrem Umfeld zu reißen und dabei gleichzeitig ihre Identität zu respektieren und ihre Staatsbürgerschaft zu stärken.⁽¹⁾“ Jedoch konnte die Zivile Beobachtungsmission nachweisen, dass dieses Ziel nicht erreicht wird, und argumentiert stattdessen, dass das Programm „das Recht der freien Selbstbestimmung der Bevölkerungen und Gemeinden verletzt hat und weiterhin verletzt, die umgesiedelt wurden oder deren Umsiedlung geplant ist“. Außerdem hebt die Mission hervor, dass andere Interessen Beweggründe dafür sind, warum die Menschen aus ihren Gemeinden umgesiedelt werden. Denn diese Umsiedlung geschieht unter dem Vorwand, dies sei die einzige Möglichkeit, ihren Zugang zu staatlicher Grundversorgung zu verbessern, oder es sei notwendig, weil sie in „Gefahrengebieten“ lebten.



Foto: CRS Santiago El Pinar © SIPAZ

Die Land-Städte als “Reaktionen auf die Armut”

Die Regierung von Chiapas sieht die Verstreutheit der Bevölkerung als Hauptgrund für die Armut in einem Bundesstaat, der landesweit den zweiten Platz bezüglich der Marginalisierung der Bevölkerung belegt, hinter Guerrero und gefolgt von Oaxaca (Instituto Nacional de Estadísticas y Geografía, INEGI 2010). Die Tatsache, dass die ländlichen Gemeinden weit entfernt von den urbanen Zentren liegen, erschwert nach dieser Argumentation den Zugang zu staatlicher Grundversorgung wie Strom, fließendem Wasser, Bildung oder Gesundheit. Als Reaktion darauf entwickelte man im Laufe der sechsjährigen Regierungsperiode der aktuellen Regierung des Bundesstaates das Programm „*Ciudades Rurales Sustensables*“. Statt diese Versorgung den Menschen in ihren Gemeinden zur Verfügung zu stellen, wird die Bevölkerung zu den Versorgungsstellen umgesiedelt und in den Land-Städten konzentriert. In der Mehrzahl der untersuchten Fälle, konnten die Bevölkerungen weder darüber abstimmen noch wurden sie richtig, vollständig und im Voraus über diesen grundlegenden Wandel in ihrer Lebensweise informiert.

Millennium Entwicklungsziele in der Verfassung von Chiapas

Das CRS-Programm ist Teil der Millenniums-Entwicklungsziele (Millenium Development Goals, MDG), die von den Vereinten Nationen seit dem Jahr 2000 vorangetrieben wurden. Die MDG stellen den Kampf gegen die extreme Armut in den Vordergrund. Obwohl es Kritik an den MDG gibt – die wichtigste davon ist, dass die Bedürfnisse der verschiedenen Bevölkerungen in der Welt nicht vereinheitlicht werden können – nahm der Kongress von Chiapas im Juli 2009 die MDG in die eigene Verfassung auf. Im Fall von Chiapas wurde beobachtet, dass es dies zu Verzerrungen führt, indem versucht wird, bestimmte Indikatoren zu verbessern statt sich den strukturellen Ursachen der Armut anzunehmen (z. B. im Fall der Müttersterblichkeit, wie es die Forscherin Graciela Freyermuth gezeigt hat).



Foto: Käfighaltung von Legehennen, Santiago El Pinar © SIPAZ

Nachhaltige Ländliche Städte in Chiapas

Momentan gibt es in Chiapas 7 CRS in verschiedenen Planungs-, Bau- oder Besiedlungsphasen. Die zwei bereits bewohnten Land-Städte sind Santiago El Pinar und Nuevo Juan del Grijalva. Im September 2009 weihte der mexikanische Präsident Felipe Calderón, die „erste Nachhaltige Land-Stadt der Welt“ ein: Nuevo Juan del Grijalva⁽²⁾. Die zweite Land-Stadt, Santiago El Pinar, im Hochland von Chiapas, wurde im

April 2011 ebenfalls von Calderón eingeweiht. Es gibt zwei Land-Städte im Bau: Ixhuatán und Jaltenango; und zwei Nachhaltige Land-Kleinstädte (Villas Rurales Sustentables): Jitotól und Emiliano Zapata. Soconusco, eine weitere CRS, ist in der Planungsphase und befindet sich in der Küstenregion. Es gibt widersprüchliche Informationen, ob eine CRS in Copainalá errichtet werden soll, auch wenn bereits offiziell der Grundstein gelegt wurde.

Verletzung der Menschenrechte durch das CRS-Programm

Der Bericht der Beobachtungsmission stellt fest, dass das CRS-Programm verschiedene Menschenrechte verletzt, die zusammengenommen zu einer allgemeinen Verletzung des Rechts auf freie Selbstbestimmung führt. Verschiedene ZeugInnenaussagen zeigen, dass staatliche Angestellte in der Planungsphase bei der Vorstellung der Umsiedlung sowohl Versprechen als auch Drohungen anwandten, jegliche Unterstützung für die Gemeinde zu streichen, sollten sie die Umsiedlung nicht akzeptieren. Dieser Druck hat dazu geführt, dass viele Ortschaften schließlich eingewilligten, in die Land-Städte umzusiedeln, da sie dies als die einzige Alternative ansahen.



Diese Umsiedlung bedeutete einen grundlegenden Wechsel in der Lebensweise, der die Ernährungssouveränität geschwächt hat, die die Mehrheit in ihren Ursprungsgemeinden mehr oder weniger gut sichern konnten: „In der Stadt muss man alles kaufen“, fasst eine von der Beobachtungsmission befragte Person es zusammen. Seinerseits hat der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung nach seinem Besuch von Santiago El Pinar und Nuevo

Juan del Grijalva im Juni 2011 festgestellt, dass das CRS-Programm die Ernährungslage der BewohnerInnen nicht verbessert und hielt dazu an, „vor der Einrichtung neuer Siedlungen des selben Modells eine unabhängige und umfassende Untersuchung der Erfahrungen von Nuevo Juan de Grijalva und Santiago El Pinar“⁽³⁾ durchzuführen.

Foto: „Unbewohnt“ - Umfrage zur Messung des Index für menschliche Entwicklung (HDI) nach Landkreisen im Bundesstaat Chiapas, Santiago El Pinar © SIPAZ

In den verschiedenen Phasen der Entwicklung des Programms wurden die direkt betroffenen Personen nicht befragt, wie sie in ihrer neuen Stadt leben wollen. Bezüglich der Bauweise der Häuser etwa sagten Menschen aus Nuevo Juan del Grijalva: „Sie baten niemanden um Meinung, es kamen ExpertInnen aus Mexiko-Stadt und entwarfen die Häuser.“ Schließlich wurden relativ kleine Grundstücke angelegt. Die Häuser messen sechs mal sieben Meter für teilweise sehr große Familien. Und sie bestehen, als wär das nicht genug, aus vorgefertigtem Material, das für Regen anfällig ist. Menschen aus der Gemeinde Sayula – die nach Nuevo Juan del Grijalva umgesiedelt wurden – hoben hervor: „Die Regierung sagte uns, dass sie uns ein besseres, größeres und bequemer Haus geben würde, aber die hier sind Rattenlöcher.“ In ihren Gemeinden kochten sie mit Holz, allerdings besitzen die Häuser in den CRS keine abgetrennte Küche, was bei Kochen mit Holz eine Gefahr bedeutet.



Foto: CRS Santiago El Pinar © SIPAZ

Was das Recht auf Land angeht, verhält es sich so, dass die Land-Stadt normalerweise mehrere Reisestunden von der Ursprungsgemeinde entfernt liegt. Wegen des Fehlens von Arbeitsmöglichkeiten reisen die Männer trotzdem zum Arbeiten auf ihre ursprünglichen Ländereien, wo sie ein oder zwei Wochen verbringen, um zu hohe Transportkosten zu vermeiden. Diese Situation erzeugt außerdem das Auseinanderreißen von Familien. In einigen Fällen bedeutete die Übersiedlung in eine Land-Stadt den Verlust der Besitztitel auf die Parzellen. Den BewohnerInnen von Nuevo Juan del Grijalva wurde zum Beispiel eine Entschädigung für den Verlust ihrer Ländereien nach dem Erdbeben 2007 versprochen. Jedoch erhielten sie niemals Geld und darüber hinaus wurden einige Personen inhaftiert, weil sie angesichts dieser Situation protestierten. Einige dieser Ländereien wurden zu Gunsten des staatlichen Energieversorgungsunternehmens CFE enteignet, das dort anfang zu arbeiten – möglicherweise für einen neuen Staudamm⁽⁴⁾.

Die Verletzung des Rechts auf Arbeit ist verbunden mit dem Recht auf Land, da die Kleinbauern und Kleinbäuerinnen gewohnt sind, von ihrem Land zu leben. In ihren neuen Städten haben sie keine Flächen, um weiter auf diese Weise zu arbeiten. Bestandteil des CRS-Programms ist es laut seiner Ziele, den

BewohnerInnen der CRS Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Trotzdem sorgen die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten nicht für ausreichend Einnahmen, um die Familien zu versorgen. Auch existieren nicht ausreichend Arbeitsplätze für alle BewohnerInnen. Sowohl die Hühnerfarm als auch das Blumen-Gewächshaus in Santiago El Pinar oder die Molkerei in Nuevo Juan de Grijalva bringen so wenig Einnahmen, dass die Menschen sich gezwungen sehen, zu ihren Ländereien zurückzukehren, um weiter anzubauen oder andere Möglichkeiten außerhalb der CRS zu suchen. Wie ein Bewohner von Nuevo Juan de Grijalva bemerkte: *„Die Regierung hat uns viele Arbeitsplätze versprochen, Anstellungen und all das. Aber was geschah ist, dass wir bis heute keine Anstellung haben.“*

Bis hin zu den zentralen Gesichtspunkten des Programms (dem Zugang zu Grundversorgungsleistungen) hört man Kritik von den angeblichen NutznießerInnen. Einige meinten zum Beispiel, dass die Nähe eines Krankenhauses nicht unbedingt die angebotene Versorgungsqualität garantiert. In einem Artikel der Wochenzeitung *Mirada Sur* (5. März 2012) wird ein noch verheerenderes Bild von Santiago El Pinar gezeichnet als es während der Mission festgestellt werden konnte. Dieser wirft auf, dass bis zu diesem Zeitpunkt von den mehr als 2.000 EinwohnerInnen, die in der CRS wohnen würden, nur 10 Familien anwesend waren. In einem Interview berichtet Domingo Gómez Gómez, der Stadtverwalter von Santiago El Pinar, dass die Wasseraufbereitungsanlage nicht funktioniere, da es kein Wasser gebe. Wegen der Schulden - mehr als 1,6 Millionen Pesos - , die sie bei der CFE haben, gibt es keinen Strom. Daher arbeite das Krankenhaus nicht rund um die Uhr und habe ebenfalls kein fließendes Wasser.

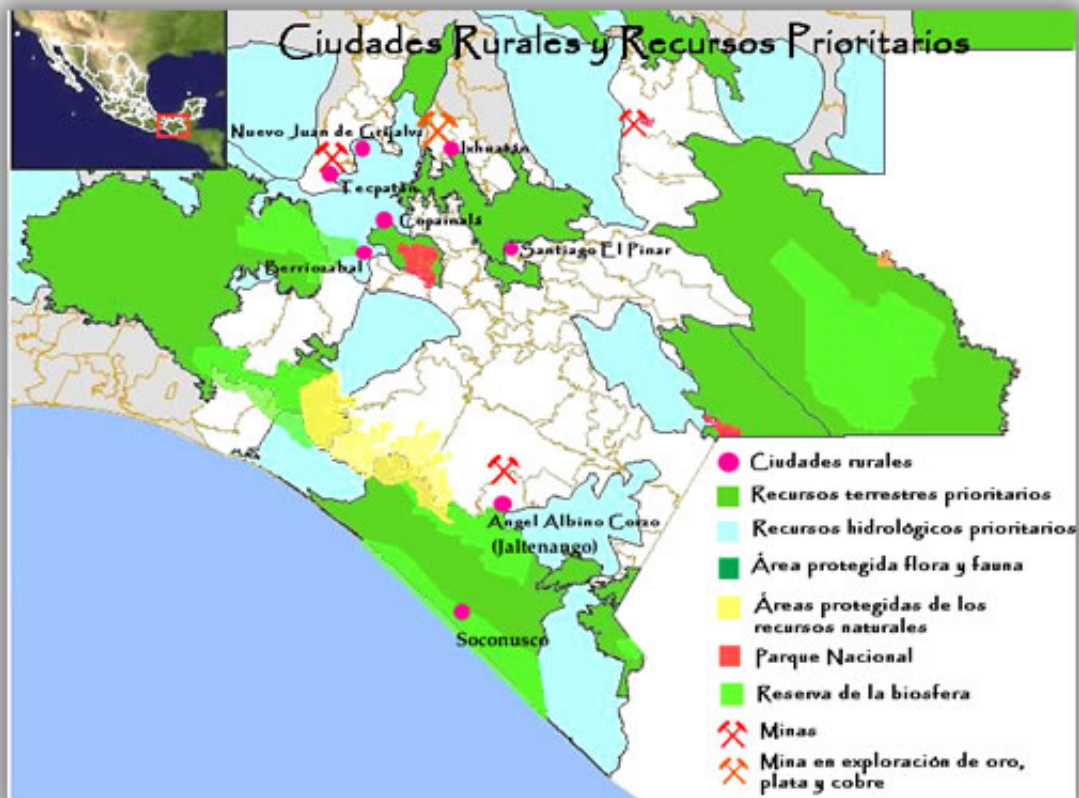
Wirtschaftliche und politische Interessen, die das Programm CRS verdeckt

Hinter den offiziellen Zielen zugunsten der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung der marginalisierten Bevölkerung befinden sich wirtschaftliche Interessen nationaler und internationaler Unternehmen und politische Interessen der Regierung bei der Räumung der Ländereien, argumentieren die Organisationen, die Teil der ZBM bilden.

Bergwerke und Elektrische Energie

Die zunehmende Anzahl von Konzessionen an kanadische, US-amerikanische und englische Minenunternehmen auf mexikanischem Territorium ist ein relevantes Detail im Kontext des CRS-Programms. In den letzten beiden Regierungsperioden wurden ca. 28 000 Konzessionen in Mexiko mit einer Vertragsdauer von hundert Jahren vergeben. Ein Bericht des Zentrums für wirtschaftliche und politische Forschung und Gemeindeaktion (CIEPAC) von Dezember 2008 betont: *„[A]us Sicht der Regierung und der Unternehmen können die Land-Städte 'lösen', was mit tausenden Familien zu tun ist, die gewaltsam von ihrem Land vertrieben werden müssten, um Platz zu machen für die Ausbeutung der Mineralien und/oder durch die Staudämme, die gebaut werden müssen, um die Bedürfnisse der Minen zu stillen“.*⁽⁵⁾ Z.B. im Fall von Ixhuatán liegen die Interessen der Mine in derselben Zone des Baus der Landstadt. Die Einwohner von Nueva Esperanza, die nach Ixhuatán umgesiedelt werden, berichteten der ZBM detailliert über die Arbeit der Mine und wie diese das Dorf einbezieht, damit ihr erlaubt wird frei zu arbeiten: „Sie kamen herein, begannen zu bohren und als sie bohrten, zahlten sie 200.000 Pesos an das Dorf. [...] Es sind Ausländer aus Kanada“. Die Umsiedlung der Bevölkerung könnte dem kanadischen Unternehmen Cangold Limited den Weg bereiten und die Menschen sogar in billige Arbeitskraft verwandeln.

Auf der anderen Seite verkündigte die Staatliche Elektrizitätsgesellschaft CFE im Juli 2010 ihre Pläne, ein neues Wasserkraftwerk namens Copainalá oder Chicoasén II am Fluss Grijalva zu errichten. Um die Dörfer zu entschädigen, die umsiedeln müssen, wurde geplant, Schulen und Kliniken zu bauen. Im Fall von Nuevo Juan de Grijalva wurden die Personen nach einem Bergrutsch 2007 in die Landstadt umgesiedelt. Jedoch gibt es den starken Verdacht⁽⁶⁾, dass der Erdrutsch nicht aufgrund des Regens entstand, sondern durch eine Sprengung hervorgerufen wurde, um wirtschaftlichen Interessen in der Region zu dienen. Kurze Zeit nach dem Erdrutsch errichtete die CFE zwei Entlastungstunnel, um Strom zu erzeugen, heißt es in Aussagen der Bevölkerung.



Land-Städte und wichtigste Ressourcen © CIEPAC, A.C.

Produktionsumstellung und Agrartreibstoffe

Das Projekt REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation; dt.: Reduzierung von Emissionen als Folge von Abholzung und Umweltzerstörung) steht in Beziehung zum Programm CRS, denn die Bewohner werden zu einer Produktionsumstellung ermutigt in dem Sinne, dass sie ihre eigenen Nahrungsmittel nicht mehr anbauen. Im Fall der geplanten CRS von Copainalá hat der Gouverneur Juan Sabines die Landwirte aufgefordert, auf den Anbau alternativer Pflanzen wie etwa Pinienkerne umzustellen – die benutzt werden, um Biodiesel zu produzieren. Im Landkreis Acapetahua, wo die Land-Stadt des Soconusco errichtet werden soll, befindet sich die größte Anbaufläche der afrikanischen Ölpalme des Bundesstaates, ein Produkt, das ebenfalls als Agrartreibstoff dient. In Bezug auf dieses Thema erklärte die Organisation Las Abejas im September 2010, dass die Regierung „nicht mehr will, dass wir die Milpa pflanzen und andere uralte Nahrungsmittel, sondern afrikanische Palme und Pinien. Mit Mais und Bohnen ernähren wir uns, Palmen und Pinien produzieren Biotreibstoff, um die Autos zu ernähren“⁽⁷⁾.

Die „ökologischen“ Interessen der Entwicklungspläne der mexikanischen Bundesregierung und der Regierung von Chiapas beinhalten, dass die Gemeinden, die in den Reservaten leben, umgesiedelt werden oder die Ländereien nicht für die Landwirtschaft nutzen. Beispielsweise Gemeinden, die in der Biosphäre El Triunfo leben, sehen sich gezwungen in die CRS Jaltenango umzusiedeln, weil die Regierung von Chiapas in den CO₂-Handel mit diesem Naturschutzreservat eingestiegen ist.

Aufstandsbekämpfung

Der Journalist Hermann Bellinghausen gibt zu bedenken, dass „die Errichtung dieser urbanen 'Pole' von riesigen Unternehmen des universellen Konsums gefördert wird: der Fernsehsender Televisión Azteca, dessen Kaufhaus und Kreditanbieter Elektra, Telcel, Coppel, eine Reihe von Geschäften für den alltäglichen Bedarf, die großen Unternehmen für Farben und Zement“⁽⁸⁾. Zudem erklärt er, das Programm CRS „erfüllt eine Funktion der systematischen Aufstandsbekämpfung, die in den indigenen Gemeinden im Südosten Mexikos umgesetzt wird, um sie zu zerschlagen und von ihrem Territorium zu vertreiben“. Während des Forums „Neoliberaler Ausschluss... und Einbeziehung“, zu dem Universitäten und Forschungszentren im Mai eingeladen hatten, sprach Marcos Arana, Forscher des Nationalen Instituts für Medizin und Ernährungswissenschaften Salvador Zubirán, von der Ähnlichkeit des Projektes mit den 'strategischen Dörfern', die 1962 in Vietnam eingeführt wurden, um die Gemeinden und ihre Beziehung

zum Land und zum Kollektiv zu zerstören. Im Fall von Santiago El Pinar liegen der Verortung der CRS vermutlich auch politische Interessen zugrunde. Im Jahre 1999 wurde es von der Regierung zu einem eigenen Landkreis erklärt, um die zunehmende Präsenz der Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung (EZLN) in der Zone einzudämmen. Die CRS ist in selbigem Landkreis nahe dem zapatistischen Caracol Oventic und den autonomen Landkreisen San Andrés Sakamch'en de los Pobres und San Juan de la Libertad angesiedelt.

Mobilisierung gegen die *“Projekte des Todes”* und der Enteignung

Wie schon oben erwähnt wurde, hat das Programm CRS von Beginn an starke Kritik seitens der organisierten Zivilgesellschaft erfahren. Z.B. am 19. November 2010 organisierten über tausend KatholikInnen aus elf Landkreisen des Hochlands von Chiapas ein Pilgermarsch in San Cristóbal de las Casas, um ihre Opposition gegen die Minenausbeutung, den Bau von Staudämmen und die Land-Städte, auszudrücken. Sie nennen diese Projekte *„Projekte des Todes“*. Zudem sprachen sich die TeilnehmerInnen am Ende des Regionalen Forums für die Verteidigung der Menschenrechte, welches in San Cristóbal de Las Casas im Dezember 2011 stattfand, gegen *„die Weiterführung der Politik des Baus von Land-Städten aus, da diese die traditionellen Formen der Produktion und des Lebens der lokalen Bevölkerung betreffen und auch*

nicht den Zugang zu Dienstleistungen erleichtern, wie immer behauptet wird“. Sie erklärten, dass diese Politik der Umsiedlung, die in den Landstätten passiert, *„eine verschleierte Form gewaltsamer Umsiedlung zugunsten wirtschaftlicher Interessen ist, die nichts mit den Gemeinden zu tun haben“*.



Foto: Pressekonferenz des Netzwerks für den Frieden zur ZBM in die CRS, Mai 2012 © SIPAZ

In einer Mitteilung von August 2010 erklärten die Gläubigen der katholischen Kirche von Chenalhó ihre Ablehnung angesichts der möglichen Errichtung einer Land-Stadt in ihrem Landkreis. In der Mitteilung heißt es: *„Wir haben die Befürchtung, dass das Projekt der Land-Städte aufgezwungen wird und die Bevölkerung nicht gefragt wird, ob sie einverstanden ist oder nicht. [...] Dies bringt uns zu dem Schluss, den Bau dieser Land-Städte definitiv abzulehnen. Denn es ist klar, dass dieser Plan dazu dient, dass wir unsere Ländereien verlassen und dass internationale Unternehmen sie in Beschlag nehmen und wenn wir einmal an einem Ort konzentriert sind, sie uns kontrollieren können und uns zwingen, andere Pflanzen anzubauen, nicht mehr Mais und Bohnen, etc.“*

1. *Ciudades Rurales Sustentables 2012*, Chiapas Gobierno del Estado - Instituto de Población y Ciudades Rurales, PDF ([^ ...](#))
2. **Inauguró el Presidente de la República la Ciudad Rural Sustentable Nuevo Juan del Grijalva** ([^ ...](#))
3. **Declaración final de la misión, Naciones Unidas Alto Comisionado para los Derechos Humanos** ([^ ...](#))
4. *De la tierra al asfalto*, Informe de la Misión Civil de Observación de la Red por la Paz Chiapas y CAIK al Programa de Ciudades Rurales Sustentables, 2012 ([^ ...](#))
5. CIEPAC, *Ciudades Rurales en Chiapas: Despojo gubernamental contra el campesinado, Segunda parte*, 31 de diciembre 2008 ([^ ...](#))
6. Estas sospechas se basan en los testimonios de las personas de la zona obtenidos durante la MCO y en un estudio realizado por la Liga Mexicana de Derechos Humanos (LIMEDDH). ([^ ...](#))
7. **Chiapas: apertura de nueva Ciudad Rural Sustentable en Los Altos** ([^ ...](#))
8. **Adiós a la tierra**, La Jornada Suplemento Ojarasca ([^ ...](#))



:: ARTIKEL

JUBILÄUM DES INESIN

15 Jahre des Vertrauens auf den Dialog und gemeinsame Arbeit für den

Aufbau einer Welt, in der die Unterschiede respektiert werden

„Die gemeinsame Arbeit hat uns die Möglichkeit gegeben uns gegenseitig zu bereichern und ein mystisches Ganzes zu bilden, in dem es möglich ist, unseren Traum von einem Raum für Zusammenleben und Forschung für Menschen mit verschiedenen Glaubenshintergründen zu realisieren. Hier ist die Vielfalt der Glaubensrichtungen kein Motiv für Trennung und Gewalt, sondern der Einheit, der Versöhnung und der Arbeit an einer Lösung für gemeinschaftliche soziale Probleme.“

(Schwester Lucía Jiménez, eine der Gründerinnen des INESIN)



Jubiläums des INESIN © INESIN

Anfang Mai feierte das Institut für Interkulturelle Forschung und Studien (INESIN) sein 15-jähriges Jubiläum. Drei Tage lang versammelten sich gut hundert Menschen, um die vergangenen 15 Jahre des Projektes und des Traums vieler Frauen und Männer verschiedener Glaubensrichtungen von Respekt gegenüber der Andersartigkeit, der Toleranz und der Brüderlichkeit zwischen den verschiedenen Religionsgruppen zu reflektieren, gemeinsam zurückzublicken und zu feiern.

Foto: Arbeitsgruppe der Tseltales während des 15.

Im Vorfeld des Projekts, in den 80er Jahren, kamen ca. 40 000 guatemalteckische Flüchtlinge nach Chiapas, um hier vor dem Krieg in ihrem Land Schutz zu suchen. Mehrere Nichtregierungsorganisationen und Kirchen verschiedener Länder taten sich zusammen, um Hilfe zu leisten, die aufgrund dieser Konstellation einen ökumenischen Charakter hatte. Allerdings spiegelte sich diese Annäherung in den Gemeinden des Bundesstaates nicht wider. Im Gegenteil, Ende der 90er Jahre, nach dem zapatistischen Aufstand von 1994 war die Situation in Chiapas sehr angespannt. Paula Biddle von der United Christ Church (USA) beschrieb die Situation mit folgenden Worten: *Es herrschte „eine Situation eines Kriegs niederer Intensität und eine der wichtigsten Angelegenheiten in diesem Krieg war der Versuch der mexikanischen Regierung, die indigenen Gemeinden zu spalten. Sie versuchten die Gemeinden nach politischen, ökonomischen und auch religiösen Kriterien aufzuteilen. Sie förderten sehr stark die religiöse Spaltung und wir dachten, dass es wichtig sei, dem etwas entgegen zu setzen, einen Raum zu schaffen, um gegen das Handeln der Regierung anzugehen“.*

Mehrere Personen und Organisationen fingen an, sich zusammen zu setzen und Formen zu suchen, wie der Glaube, statt Anlass für Konflikte und deren Zuspitzung zu sein, sich zu einem Grund der Annäherung werden könnte. Als Ergebnis dieser Treffen wurde im September 1997 die Bibelschule der umfassenden Ausbildung (EBFI) gründete. Der damalige Bischof des Bistums von San Cristóbal, Samuel Ruiz García (1926-2011), regte anstelle einer theologischen Reflexion ein praxisorientiertes Handeln an, welches an das tägliche Zusammenleben anknüpfte und in welchem die alltäglichen Bedürfnisse geteilt werden konnten.

In dieser ersten Etappe waren das Mennonitische Zentralkomitee, die United Christ Church, das Bistum von San Cristóbal de las Casas, der Evangelische Rat der Indigenen und Bauern von Mexiko, die Nationale Kirche der Presbyterianer sowie SIPAZ beteiligt. SIPAZ schätzte es als besonders strategisch ein, die Friedensarbeit aus der ökumenischen Perspektive heraus zu unterstützen, um die Einheit und Wiederherstellung des sozialen Netzwerkes zu erreichen, welches kurz davor zerstört zu werden.



Foto: 15. Jubiläum des INESIN © INESIN

Im Jahr 2002 wurde die oben erwähnte „Bibelschule“ offiziell zum Institut für Interkulturelle Forschung und Studien (INESIN AC). Bis heute versucht das Projekt, die Gemeindeprozesse durch praktische Arbeitsgruppen (Gemüseanbau, Ernährung, Umweltschutz und rechtliche Beratung) und Räume zur biblischen und spirituellen Reflexion zu stärken.

Die Veranstaltung zum 15-jährigen Jubiläum zeigte die Vielfalt als Schlüssel des Projektes auf: Es waren Katholiken, Presbyterianer, Baptisten, Mennoniten und andere anwesend und man hörte eine Vielfalt an Sprachen mit Arbeitsgruppen in Tsotsil, Tseltal, Spanisch, Französisch und Englisch.

Während der Festlichkeiten und Reflexion wurde zur Beschreibung der Geschichte des INESIN die

Metapher der Frucht mit ihren Dornen und den Samen für die erneute Aussaat gewählt. Eine der genannten Früchte „ist das ökumenische Vorhaben, gemeinsam die Probleme bei den Wurzeln zu packen. Die Mehrheit der Kirchen und der christlichen Konfessionen hat sich entschieden, dies mit Hilfe der Bibel zu tun, sowie mit den alten Mayabräuchen. Dieses war stets die beste Lösung und das wirksamste Heilmittel. Die Verbindung von Bibel und alten Bräuchen ist die beste Vermittlung in Konflikten, da sie wahrhaft ökumenisch, einschließend und im Dialog geschieht“.

Als Schwierigkeit wurde angemerkt, dass die Ökumene immer noch keine übergreifende Haltung in den verschiedenen Kirchen und Konfessionen ist. Mehrere Stimmen ließen verlauten, dass die kirchlichen Strukturen sich nicht so schnell ändern würden und dass viel mehr Menschen sich mehr persönlich als institutionell engagieren müssten. Unter den Samen für die weitere Aussaat befindet sich die Erkenntnis, dass die Vielfalt kein Problem, sondern eine Bereicherung ist. Als Symbol der Verpflichtung, weiter am Frieden und für bessere Verhältnissen in einer Region zu arbeiten, in der Gewalt und Ungleichheit immer noch präsent sind, pflanzte das aktuelle Team des INESIN einen Baum.

„Unser Jubiläum war ein Lied der Hoffnung, ein Lied, das uns daran erinnert, dass wir nicht allein sind und dass wir auch nach 15 Jahren gemeinsam mit dem chiapanekischen Volk weitergehen, begleitet von Schwestern und Brüdern aus der ganzen Welt“, betonte Kelly Miller (US-amerikanische Mitarbeiterin des aktuellen Teams). Am Ende des Festaktes wurde an jeden Beteiligten symbolisch ein kleines Säckchen mit Samen und ein größeres mit Dünger verschenkt, um daran zu erinnern, dass wir alle den Frieden säen können.



Aktuelles Team des INESIN © INESIN



:: AKTIVITÄTEN VON SIPAZ

Von Mitte Februar bis Mitte Mai 2012

INTERNATIONALE PRÄSENZ UND BEGLEITUNG

CHIAPAS

Hochland

- Am 22. Februar waren wir bei der monatlichen Gedenkfeier zum Massaker von Acteal, Landkreis Chenalhó. Ende Februar trafen wir uns mit Mitgliedern des Teams der kirchlichen Sozialarbeit des genannten Landkreises und im März mit Mitgliedern des Vorstands der Organisation Las Abejas. Am 16. April waren wir erneut in Acteal im Rahmen der Anhörung des Permanenten Völkertribunals (PVT). Das PVT bearbeitet das Massaker von Acteal als einen exemplarischen Fall von Prozessen von untereinander verwobener staatlicher, struktureller und systematischer Gewalt

im Rahmen seiner thematischen Schwerpunkte Migration, Flucht und Vertreibung, schmutziger Krieg, Straflosigkeit und staatlicher Gewalt.

- Am 11. Mai, begleiteten wir als BeobachterInnen eine Demonstration vom Landkreis Teopisca nach Amatenango del Valle, die von verschiedenen Gruppen aus Protest gegen die Militarisierung, gegen die hohen Strompreise, die vom staatlichen Stromkonzern CFE verlangt werden, und gegen Bergwerke veranstaltet wurde.

Urwald-Region

- Im April trafen wir uns mit mehreren Nichtregierungsorganisationen in Ocosingo, um über die Situation in der Region Selva Cañadas zu sprechen.
- Wir nahmen an der solidarischen und zivilen Beobachtungsmission teil, zu der die Asociación Rural de Interés Colectivo (ARIC-UU-ID) aufgerufen hatte und die vom 29. April bis zum 4. Mai stattfand. Selbige besuchte die Ortschaften Salvador Allende, Ranchería Corrozal und San Gregorio im Biosphärenreservat Montes Azules. Die genannten Ortschaften sind von einer möglichen Räumung bedroht, die mit den Argumenten des Naturschutzes und fehlenden Landtiteln begründet wird.

Caracoles

- - Zwischen Mitte Februar und Mitte Mai besuchten wir alle zapatistischen Caracoles mindestens einmal.

Veranstaltungen

- Am 28. und 29. Februar nahmen wir am „Treffen für Geschichtsbewusstsein: Alternativen gegen die Gewalt des Staates“ teil, zu dem das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de Las Casas eingeladen hatte und in San Cristóbal de Las Casas veranstaltet wurde.
- Am 14. März waren wir bei einer Demonstration, die in San Cristóbal de Las Casas im Rahmen des internationalen Aktionstages gegen Staudämme und für die Flüsse, das Wasser und das Leben stattfand. Auf dieser wurde die „totale Ablehnung von Wasserkraftwerken und Stauseen im Bundesstaat Chiapas und im ganzen Land“ wiederholt.
- Im April haben wir am „Seminar über die Verteidigung des Territoriums und über Autonomien“ teilgenommen, welches in San Cristóbal de Las Casas stattfand. Organisiert und eingeladen hatten die Organisationen Initiativen für Identität und Inklusion (INICIA) und das Menschenrechtszentrum Fray Matías de Córdoba.
- Anfang Mai beteiligten wir uns an einem Dialog über die Umsetzung der Vorschläge des Subkomitees zur Verhinderung von Folter der Vereinten Nationen (SPT) für den Bundesstaat Chiapas. Hierzu hatten das Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de Las Casas und der Verein zur Verhinderung von Folter (APT) eingeladen.

Gefangene

- Am 17. März besuchten wir ein Forum in der Kreisstadt El Bosque, an dem sich über tausend Personen beteiligten, um die Verlegung nach Chiapas und die Freilassung des Lehrers Alberto Patishtán zu verlangen. Am 12. und 13. Mai nahmen wir am „Forum gegen politische Gefangenschaft und für die Freilassung von Alberto Patishtán“ teil, zu dem das Netzwerk gegen Repression und für die Solidarität aufgerufen hatte. Auch dies fand in San Cristóbal de Las Casas statt. Mitte Mai waren wir zudem beim Beginn der „Woche des weltweiten Kampfes für die Freiheit von Patishtán und Sántiz López: Die Mauern des Kerkers zerschlagen“ dabei. Mitte April besuchten wir die Gefangenen im Gefängnis von San Cristóbal de Las Casas, die sich mit der Gefangenenorganisation „Die Stimme von El Amate“ solidarisieren, zu der Patishtán gehört.

Frauen

- - Am 8. März begleiteten wir im Rahmen des Internationalen Frauentags die Demonstration von ungefähr 500 indigenen Frauen der Organisation Las Abejas im Landkreis Chenalhó. In diesem selben Rahmen waren wir bei den Anhörungen des Permanenten Völkertribunal (PVT) zum Kapitel Chiapas anwesend, welches in San Cristóbal de Las Casas seine erste Audienz zu den Themen der Geschlechtergewalt und Frauenmorde hatte und mit einer Demonstration endete.
- - Mitte Mai begleiteten wir die Demonstration, die in San Cristóbal de Las Casas mit Beteiligung von über tausend Personen im Rahmen der Tage gegen Frauenmorde und Gewalt gegen Frauen stattfand.

GUERRERO

- ❖ - Im März reisten wir für eine Woche in den Bundesstaat Guerrero. Am 6. März waren wir in Ayutla de Los Libres bei einer Veranstaltung, in welcher der Bundesinnenminister und die Generalbundesanwältin der Republik im Namen des mexikanischen Staates die Tlapaneca-Indigene Inés Fernández Ortega, die 2002 von Militärs vergewaltigt worden war, öffentlich um Entschuldigung baten. Anschließend besuchten wir das Kollektiv gegen Folter und Straflosigkeit (CCTI) in Acapulco, wie auch Tita Radilla, Tochter des seit 1974 verschwundenen sozialen Kämpfers Rosendo Radilla Pacheco und Vizepräsidentin der Vereinigung von Angehörigen Verhafteter und Verschwundener in Mexiko (Afadem) in Atoyac de Álvarez. Wir sprachen mit Mitgliedern der Fraenumweltorganisation der Sierra de Petatlán (OMESP), mit Sitz in Petatlán. Am Schluss waren wir noch beim Dritten Treffen der Frauen der Regionalen Koordination der Gemeindeautoritäten-Gemeindepolizei (CRAC-PC) in der Gemeinde Zitlaltepec, Landkreis Metlatónoc, in den Bergen.

OAXACA

- ❖ Anfang Mai waren wir eine Woche in Oaxaca-Stadt, wo wir Gespräche mit mehreren Partnern führten: das Regionale Menschenrechtszentrum "Bartolomé Carrasco" A.C. (BARCA-DH), dessen Gründer Pater R. Francisco Wilfrido Mayrén Peláez, besser bekannt als „Padre Uvi“, im April Drohungen erhalten hatte; Dienst für eine alternative Bildung (Educa); das Komitee für integrale Verteidigung der Menschenrechte Gobixta (Código DH), dessen Mitarbeiterin Alba Cruz ebenfalls im April Drohungen erhalten hatte; Konsortium für den parlamentarischen Dialog und die Gleichheit in Oaxaca AC, - dessen Büroräume im März zum zweiten Mal durchsucht worden waren; die Mexikanische Liga für die Verteidigung der Menschenrechte (Limeddh); das Team der Peace Brigades International (pbi Oaxaca); OIDHO (Indigene Organisationen für die Menschenrechte in Oaxaca) und Witness for Peace (WfP). Anschließend reisten wir auch in den Isthmus, wo wir uns mit Mitgliedern der Versammlung der indigenen Völker des Isthmus von Tehuantepec zur Verteidigung von Land und Territorium trafen, u.a. mit der Menschenrechtsverteidigerin Lucila Bettina Cruz Velázquez, die Ende Februar verhaftet und später wieder frei gelassen worden war.

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

- ❖ Im Februar waren wir in San Cristóbal de Las Casas bei der Präsentation der Diagnose über „Indigene Regierung und Dienstleistungen im Bundesstaat Chiapas“. Zur Veranstaltung hatte das Programm der Vereinten Nationen für Entwicklung (PNUD) in Chiapas eingeladen.
- ❖ Im März trafen wir uns mit der Gender-Verantwortlichen für das gemeinsamen Programms für eine Kultur des Friedens des Büros der Vereinten Nationen in Chiapas und anschließend mit anderen Mitgliedern des Programms.
- ❖ Im März sprachen wir in San Cristóbal de Las Casas mit MitarbeiterInnen des virtuellen Konsulats der Vereinigten Staaten für Chiapas und Tabasco, dessen Schwerpunkt vor allem auf dem Thema Migration liegt.
- ❖ Im März führten wir mehrere Gespräche in Mexiko-Stadt: Gemeinsam mit dem Menschenrechtszentrum Fray Bartolomé de Las Casas und der Organisation Serapaz sprachen wir mit VertreterInnen einiger Botschaften der Europäischen Union, u.a. Belgien, Portugal, Polen, Frankreich und Italien sowie der EU-Vertretung in Mexiko. Danach führten wir bilaterale Gesprächen mit den Botschaften der Schweiz und der USA, mit der Leiterin der Abteilung für die Förderung und Verteidigung der Menschenrechte des Bundesinnenministeriums und dem Generaldirektor für Menschenrechte und Demokratie des Außenministeriums. Die besprochenen Themen beinhalteten MenschenrechtsverteidigerInnen, Justizsystem und Straflosigkeit, und Land, Territorium und natürliche Ressourcen.
- ❖ Im April hatten wir ein Treffen in San Cristóbal de Las Casas mit der Referentin für politische, kulturelle und Presseangelegenheiten der Botschaft der Niederlande.
- ❖ - Am 25. April, nahmen wir an einer Veranstaltung der Vertretung des Hochkommissariats der Vereinten Nationen in Mexiko (UNHCHR) in San Cristóbal de Las Casas teil, bei der ein Kommentar zur Erklärung über Menschenrechtsverteidiger- und -verteidigerinnen und die Kampagne „Erkläre dich“ vorgestellt wurden.

FRIEDENSFÖRDERUNG

ARBEIT MIT RELIGIÖSEN AKTEUREN

- ❖ Im März nahmen wir an einem ökumenischen Treffen der Reflexion und des Betens teil, welches von der Ökumenischen Gruppe für Konjunktur- und Realitätsanalyse (GEACR), zu der auch wir gehören, organisiert wurde.

- Im Mai nahmen wir an den Aktivitäten teil, die im Rahmen des 15. Jubiläums des Institutes für Interkulturelle Studien (INESIN) stattfanden.

FRIEDENSERZIEHUNG

- Im Februar, März und April moderierten wir Workshops zur Vertiefung zu verschiedenen Aspekten der positiven Transformation von Konflikten im Interkulturellen Mayaseminar (SIM).
- Nach einem ersten Besuch in der nördlichen Zone im Februar, bei dem wir Workshops mit Frauen verschiedener Gemeinden in der Region vorschlugen, konnten die ersten in der Zone des Tieflandes von Tila im März und April durchgeführt werden. Der Beginn dieser Workshop-Reihe ist Teil unseres Projektes „Verbindung der Bereiche Gender und Frieden“.

NETZWERKE UND FOREN

- Wir nahmen an den zweimonatlichen Versammlungen des Netzwerkes für den Frieden teil, welches aus elf Organisationen besteht, die Friedensprozesse und Versöhnung in Chiapas unterstützen.
- Im Mai beteiligten wir uns an mehreren Aktivitäten im Rahmen der Erarbeitung und Vorstellung des Dokuments „Vom Land zum Asphalt. Bericht der zivilen Beobachtermission des Netzwerks für Frieden und CAIK zum Programm der Nachhaltigen Land-Städte.“
- Am 22. und 23. März nahmen wir an einem Workshop und Treffen der Partnerorganisationen des Programms Press Freedom 2.0 in Mexico teil, bei dem es um das Thema Strategien der Kommunikation ging.

INFORMATION

- Wir empfangen Delegationen, Studierende, JournalistInnen und Mitglieder unserer Koalition, die interessiert daran waren, die soziopolitische Situation in Chiapas sowie die Arbeit von Sipaz kennenzulernen bzw. ihre Kenntnisse zu vertiefen.



Bitte unterstützen sie SIPAZ: ihre Spende ermöglicht weiterhin internationale Präsenz und Beobachtung durch das SIPAZ Team in den Regionen Chiapas, Oaxaca und Guerrero.

Wir brauchen ihre Hilfe

Donate



S!Paz DEUTSCH

Avenida Chilón #8
Barrio El Cerrillo
San Cristóbal de las Casas
29220 Chiapas, México
Tel/Fax: (+52.967) 63-160-55
E-mail: chiapas@sipaz.org